Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Satz.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 363. Donnerstag den 29. December 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Es ist leider wahrzunehmen gewesen, daß alljährlich in der Neujahrsnacht auf den Straßen und Plätzen hiesiger Stadt, namentlich der inneren Stadt, sich häufig ein so wüstes Treiben entwickelt hat, daß dasselbe in dieser Weise unmöglich fernerhin geduldet werden kann. Insbesondere sind es die aus den Restaurationen heimkehrenden Personen gewesen, welche in den Stunden nach Mitternacht, ja sogar bis in die zeitigeren Morgenstunden des Neujahrstages hinein durch übermäßig lautes Schreien und Johlen die Ruhe in der erheblichsten Weise gestört haben.

Wir fordern alle besser Gesinnten auf, sich solchem Treiben fernzuhalten und unsere Aufsichtsorgane, welche angewiesen worden sind, gegen derartige Excedenten energisch einzuschreiten, bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Gleichzeitig aber ordnen wir an, daß in der Nacht vom 31. December zum 1. Januar sämmtliche Restaurationen und öffentlichen Locale hiesiger Stadt spätestens früh um 3 Uhr zu schließen sind. Restaurateure und Localinhaber, welche dieser Anordnung zuwiderhandeln, haben nicht nur ihre Bestrafung auf Grund §. 365, Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs zu gewärtigen, sondern werden auch während des künftigen Jahres in keinem Falle Erlaubniß erhalten, ihr Local über die gewöhnliche Polizeistunde (2 Uhr) hinaus offen zu halten. Uebrigens wird noch bemerkt, daß es für diejenigen Locale, welchen eine Beschränkung der Polizeistunde auferlegt ist, auch für die Neujahrsnacht bei dieser Beschränkung bewendet.

Leipzig, am 28. December 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
5169 D. R. Bretschneider.

Nutzholz-Auction.

Freitag, den **30. December cr.**, sollen von **Vormittags 9 Uhr** an die im **Leipzig-Connewitzer** Forstreviere auf dem Kahlschlage in Abth. 21 a aufbereiteten **Nutzklötzer**, als:

ca. 157	Eichen-Klötzer	v. 22—91 cm	Mittenst.	u. 2—11 m	Länge,		
„ 57	Weißbuch-Klötzer	„ 20—50 „	„	„ 2—75 „	„		
„ 43	Ahorn-	„ 20—39 „	„	„ 4— 8 „	„		
„ 23	Eschen-	„ 20—34 „	„	„ 3— 9 „	„		
„ 142	Rüster-	„ 20—58 „	„	„ 3—12 „	„		
„ 29	Eller-	„ 20—30 „	„	„ 4—12 „	„		
„ 34	Linden-	„ 25—81 „	„	„ 2—10 „	„		
„ 4	Birken-	„ 17—20 „	„	„ 5— 7 „	„		

sowie eine Partie **Schirrhölzer** unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Kahlschlage an den Heidaer Wiesen in der Linie bei Connewitz.

Leipzig, am 19. December 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Wohnungs-Vermiethung.

Die im 1. Geschoß des **Seitengebäudes** vom **Universitätsgrundstück Ritterstraße Nr. 16**, das **Rothe Collegium** genannt, befindliche **Wohnung**, bestehend aus **2 Stuben, 3 Kammern, Küche, Bodenkammer und Holzbehältniß**, soll

Montag, den 9. Januar 1888, Vormittags 11 Uhr

im Wege öffentlicher Licitation vom **1. April 1888** an auf **drei Jahre** anderweit vermiethet werden.

Miethliebhaber wollen sich zu gedachter Zeit im Universitätsrentamte einfinden. Die Licitationsbedingungen können bereits vorher daselbst eingesehen werden.

Leipzig, am 27. December 1887.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Die öffentliche Prüfung der königl. Hebammenschule

findet **Donnerstag und Freitag, den 29. und 30. December**, je von 3—5 Uhr Nachmittags im Hörsaale des Trier'schen Instituts statt.

Direction der königl. Hebammenschule.
Dr. Zweifel.

Thomasschule.

Anmeldungen für Ostern 1888 werden **am 9., 10. und 11. Januar von 11—1 Uhr** entgegengenommen; es wird gebeten, das letzte Schulzeugniß vorzulegen.

Leipzig, am 29. December 1887.

Dr. Jungmann.

Bekanntmachung.

Für die hiesige Gemeindeverwaltung soll auf das Jahr **1888** die Lieferung der **Druckarbeiten** und **Schreibmaterialien** an den Mindestfordernden vergeben werden.

Reflectirende wollen nach vorheriger Einsichtnahme der auf dem Gemeindebureau ausliegenden Bedingungen und Probevorlagen ihre bezüglichen Offerten nebst Papierproben verschlossen und mit der Bezeichnung „Druckarbeiten" resp. „Schreibmaterialien" versehen bis spätestens

den 8. Januar 1888

anher einreichen.

Gohlis, am 27. December 1887.

Die Gemeindeverwaltung.
Singer,
Gemeindevorstand. Vogt.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Gemeinde soll möglichst bald ein

Straßen- und Laternenwärter

gegen ein Jahresgehalt von 750 ℳ angestellt werden.

Geeignete Bewerber wollen sich bis spätestens den 31. dss. Mts. hier persönlich melden.

Reudnitz, den 22. December 1887.

Der Gemeindevorstand.
Uhlig.

Bekanntmachung.
Neujahrs-Briefverkehr.

Zur Förderung und Erleichterung des Neujahrs-Briefverkehrs ist es gestattet, Briefe, Postkarten und Drucksachen, deren Bestellung **in Leipzig und in den Vororten von Leipzig** durch die Post **am 1. Januar k. J. früh** gewünscht wird, **bereits vom 26. December ab zur Einlieferung zu bringen.**

Der Absender hat derartige Briefe ꝛc., **welche einzeln durch Postwerthzeichen frankirt sein müssen**, in einen Briefumschlag zu legen, diesen zu verschließen und mit der Aufschrift zu versehen:

„Hierin frankirte Neujahrsbriefe für den Ort.

An das Kaiserliche Postamt 1 in Leipzig."

Solche Umschläge (Packete) mit Neujahrsbriefen ꝛc. können bis einschließlich den 30. December entweder an den Postschaltern abgegeben, oder, soweit es der Umfang gestattet, in die Briefkasten gelegt werden.

Am 31. December ist jedoch die Abgabe ausschließlich an den Postschaltern zu bewirken.

Die sämmtlichen den Umschlägen entnommenen Briefe u. s. w. erhalten seitens des Postamts 1 in Leipzig den Stempel vom 31. December 6—7 Uhr Nachmittags.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß die Einrichtung sich lediglich auf die **in Leipzig verbleibenden, oder nach den Vororten von Leipzig bestimmten Briefe** ꝛc. erstreckt.

Es wird ersucht, von dieser Einrichtung, welche der störenden Masseneinlieferung von Stadtbriefen am Sylvesterabend zu steuern bezweckt und der ordnungsmäßigen Abwickelung des gesteigerten Briefverkehrs beim Jahreswechsel überhaupt zu gut kommt, einen möglichst ausgedehnten Gebrauch zu machen.

Leipzig, 20. December 1887.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Consulado de España en Leipzig.

La Real orden de 27 de Diciembre último dispone, que el próximo Censo de la poblacion fijado al 31 Diciembre 1887 comprenda á los Españoles que se hallen en el estranjero.

El infrascrito Cónsul á este efecto solicita á los Españoles de este distrito, cuya demarcacion incluye tambien los distritos administrativos prusianos de Merseburgo y Erfurt y todos los estados de Turingia, presentarse ántes de fin de año en la cancilleria, Brüderstrasse 4, I., en las horas 10 á 12 de la mañana para inscribirse en la matrícula consular.

Leipzig, á 16 de Diciembre 1887.

El Cónsul
Max A. Seeger.

Der in der Nr. 268 dieses Blattes, Jahrgang 1886, wider den Maurer **August Hübner** aus **Wildschütz** erlassene **Steckbrief wird hiermit erneuert.**

Schönebeck, den 19. December 1887.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Das Jahr 1887.

I.

Wir stehen an der Neige eines Jahres, so reich an bedeutenden Ereignissen wie kaum eins seit Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, von Anfang bis zu Ende die Grenze berührend, welche zwischen Krieg und Frieden liegt, und dennoch ein Friedensjahr. Es hat die Keime geweckt für die gedeihliche Entwickelung der Zukunft auf zahlreichen Gebieten und da, wo sie bereits vorhanden waren, ihre Fortbildung befördert, aber leider sind auch Ereignisse eingetreten, welche den Grund zu ernsten Besorgnissen gelegt haben.

Als Wahrzeichen des zu Ende gehenden Jahres ragt die Feier des neunzigsten Geburtstages des deutschen Kaisers aus der Fülle seiner Gaben empor. An diesem Tage ist es noch mehr als sonst klar geworden, wie mächtig der Einfluß des deutschen Reiches auf Europa ist. Von allen Seiten machte sich die übereinstimmende Auffassung geltend, daß durch die lange Lebensdauer des Kaisers, durch die vortreffliche deutsche Heeresorganisation und die ausgezeichnete Leitung der deutschen Politik die friedensfeindlichen Kräfte des Erdtheils niedergehalten und zur Vertagung ihrer verderblichen Bestrebungen genöthigt worden sind.

Im Anfange des Jahres drohte der Ausbruch eines Krieges mit Frankreich. General Boulanger hatte bereits die Vorbereitungen zum Angriff in bedrohlicher Weise getroffen, aber die Wachsamkeit der deutschen Heeresleitung vereitelte einen unvermutheten Ueberfall, und die energischen Maßregeln, welche die verbündeten deutschen Regierungen unter Führung des Kaisers und des Fürsten Bismarck ergriffen, dienten zur Abwendung der in unmittelbare Nähe gerückten Kriegsgefahr. Die Verhandlungen des deutschen Reichstages vom 11. bis zum 14. Januar und die an diesem Tage erfolgte Auflösung des Reichstages zeigten Frankreich und dem übrigen Europa, welch starke, zielbewußte Regierung an Deutschlands Spitze stehe, und das Wahlergebniß des 21. Februar rechtfertigte die Voraussicht der verbündeten Regierungen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden sei mit den regierungsseitig für nöthig erkannten Opfern. Der 9. März brachte die Annahme der Septennatsvorlage einschließlich der beantragten Erhöhung der Friedenspräsenz, und sogleich trat die erwartete Wirkung ein: die Kriegsgefahr verminderte sich, die Kraftäußerung des deutschen Reiches war überall verstanden und gewürdigt worden, und Frankreichs Regierung kam zur Einsicht, daß ein Krieg gegen Deutschland eine zu ernste Sache sei, als daß er mit leichtem Herzen unternommen werden könne.

Was den Verhandlungen des deutschen Reichstags über die Septennatsvorlage, abgesehen von ihrer allgemeinen Bedeutung für die Erhaltung des europäischen Friedens, noch eine besondere Wichtigkeit verlieh, war die Stellungnahme des Papstes in dieser Angelegenheit. Leo XIII. drückte der Centrumspartei gegenüber den Wunsch aus, daß sie im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Staat und Kirche in Deutschland für die Vorlage stimmen möge. Die Führer der Partei, Windthorst und Freiherr v. Franckenstein, nahmen aber die volle Freiheit ihrer Entschließung in politischen Fragen in Anspruch und hielten diese Auffassung auch vor dem rheinischen Katholikentage in Köln am 6. Februar aufrecht. Bei der Entscheidung enthielten sich die Anhänger Windthorst's und Franckenstein's der Abstimmung, und nur ein kleiner Theil der Partei unter Führung des Grafen Preysing stimmte für die Vorlage. Die Kehrseite des päpstlichen Einflusses auf die Gestaltung der Parteiverhältnisse im Reichstage trat bei den Verhandlungen über die Vorlage zur Revision der Maigesetze im preußischen Landtage hervor. Unter Mitwirkung des Bischofs Kopp von Fulda erhielt diese Vorlage einen Inhalt, welcher weit über die ursprünglichen Absichten der Regierung hinausging und der katholischen Kirche Rechte in Preußen einräumte, die nur unter der Voraussetzung maßvoller Benutzung von Seiten der römischen Curie für die Dauer aufrecht zu erhalten sind.

Am Jahresschluß erhielt Deutschland noch einmal Gelegenheit, einen bestimmenden Einfluß auf die Beziehungen der europäischen Mächte unter einander zu äußern. Am 15. December erklärte der deutsche Reichstag seine Zustimmung zur Ausdehnung der Wehrpflicht des Landsturms und der Landwehr mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit und warf dadurch wiederum ein schweres und Entscheidung gebendes Gewicht in die Waagschale, in welcher Krieg und Frieden abgewogen werden. Beim Beginn des Jahres war es Frankreich, von welchem eine Gefährdung des Friedens drohte, am Schluß ist es Rußland, auf welches sich die Blicke Europas als auf den Friedenshüter richten.

Im Laufe des Jahres waren es zwei Fragen, welche dem Frieden Europas schwere Gefahren brachten: die Frage, ob die Art und Weise, in welcher Frankreich die militairischen Geheimnisse Deutschlands zu ergründen trachtet, noch länger geduldet werden könne, und ferner, ob die Politik Rußlands auf der Balkanhalbinsel in Verbindung mit seinen offenkundigen Rüstungen nicht zum Kriege führen müsse. In dem Maße als sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich befriedigender gestalteten, wurde das Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich und mittelbar zu Deutschland schroffer. Die weitsichtige Politik des leitenden deutschen Staatsmannes Fürsten Bismarck vermochte beider Schwierigkeiten Herr zu werden und wenn auch nicht die brennenden Fragen durch endgiltige Lösung auszulöschen, so doch ihre Lösung zu vertagen. Als trotz der glücklich überwundenen Opposition des Reichstages gegen das Septennat im April der Fall Schnäbele und im September der Fall Kaulmann zu ernsten Erörterungen zwischen der deutschen und französischen Regierung führte, war es die glückliche Verbindung von Festigkeit und Entgegenkommen seitens der ersteren, welche die Beilegung dieser Streitsachen ermöglichte und die Aufrechthaltung des Friedens trotz des moralischen Sieges Deutschlands zur Folge hatte.

Die bulgarische Frage bildete während des ganzen Jahres, besonders aber seit der am 15. August erfolgten Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand von Coburg den Stein des Anstoßes zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Alle Versuche, welche Rußland machte, um seinen Einfluß auf Bulgarien thatsächlich zur Geltung zu bringen, scheiterten an der Wachsamkeit Oesterreichs. Fürst Bismarck sah aber ein, daß bei der Unmöglichkeit, die russischen Interessen auf der Balkanhalbinsel mit denen Oesterreichs daselbst in Einklang zu bringen, stärkere Mittel angewendet werden müßten, um Rußland von übereilten Schritten zurückzuhalten. In Folge dessen benutzte er den Ministerwechsel in Italien, um offen vor aller Welt zu zeigen, daß selbst der Frankreich herzlich zugethane Minister Crispi einer Politik zustimmte, welche einen festen Bund zwischen den drei Centralmächten Deutschland, Oesterreich und Italien als das beste Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens erachtete. Die Zusammenkünfte, welche Fürst Bismarck im September und October mit dem Grafen Kalnoky und Crispi in Friedrichsruh hatte, bilden die Grundlage der Vereinbarungen, welche Rußland genöthigt haben, trotz augenscheinlicher Kriegslust bisher Frieden zu halten.

Eine günstige Wendung ist in Frankreich zu Gunsten des Friedens am 3. December durch die Wahl Carnot's an Stelle des zurückgetretenen Grevy eingetreten. Nachdem schon durch das Ministerium Rouvier General Boulanger beseitigt worden war, ist durch den Präsidentenwechsel in Frankreich ein Zustand aufgerichtet worden, welcher bei kluger Benutzung der Umstände sehr wohl zur Befestigung des Friedens führen kann. Es gilt, zur Bekämpfung der umsturzbereiten Monarchisten und Intransigenten eine feste einheitliche republikanische Partei zu begründen, welche mit Carnot an der friedlichen Wiederherstellung Frankreichs zu arbeiten bereit ist. Dazu ist aber die Auflösung der Kammer nöthig, und zu dieser wird sich Carnot hoffentlich entschließen.

Leipzig, 29. December 1887.

* Zum Capitel der politischen Mißbräuche schreibt die freiconservative „Post":

Das, was in der Presse glaubhaft über die Auslassungen des Prinzen Wilhelm bezüglich der an seine Person sich anknüpfenden öffentlichen Discussion verbreitet wird, bestätigt vollinhaltlich unsere Ausführungen. Nichts habe ihm — so wird berichtet — ferner gelegen, als die Parteinahme für eine politische oder kirchliche Richtung. Er sei peinlich berührt davon, daß er in das Parteigetriebe hineingezogen worden sei.

Gerade Rücksichten der letzterwähnten Art waren es, welche uns bewogen haben, so lange als möglich Zurückhaltung zu beobachten. Erst als uns zahlreiche Einzelwahrnehmungen unabweisbar der Schluß gezogen werden mußte, daß die klerikal-conservative Partei und insbesondere die Richtung Stöcker die Person des Prinzen Wilhelm genau in derselben Weise als Vorspann für ihre Parteizwecke mißbrauchen will, wie dies seitens der deutschfreisinnigen Partei mit seinem erlauchten Vater geschieht, als selbst kaum mehr daran zu zweifeln war, daß, als man Prinz Wilhelm für die Stadtmission interessirte, in der Hauptsache der Zweck verfolgt wurde, für die Frucktifizirung seines Namens in majorem gloriam jener Richtung die Möglichkeit zu gewinnen, haben wir unsere Absetzung gegen eine Betheiligung an der öffentlichen Discussion überwunden und äußern unsere Meinung mit der gewohnten Deutlichkeit ausgesprochen.

Denn es kann in einer Zeit voll äußerer und innerer Gefahren nichts im monarchischen Interesse Bedenklicheres geben, als wenn das Königshaus in das politische Parteigetriebe hineingezogen, als wenn man die künftigen Träger der Krone als Träger oder Schützer einer politischen oder kirchlichen Partei darstellen, ihre Namen und ihre Autorität für specifische Partei-Interessen mißbrauchen will. Dank der königstreuen Gesinnung unseres Volkes ist es ohne Zweifel ein mächtiger Hebel für die Bestrebungen einer politischen Partei, wenn sie dieselben an den Namen eines Erben der Krone Preußens und des Reichs anknüpfen kann; diesem aber und dem Kaiserhause kann kein schlechterer Dienst erwiesen werden, als wenn man sie zu Schirmherren einer einseitigen Parteipolitik und selbst einer solchen extremster Richtung in der öffentlichen Meinung zu stempeln sucht. Nicht nur schädlich, sondern geradezu verwerflich ist es, wenn dies, wie bezüglich des Kronprinzen und seines Sohnes, ohne thatsächliche Unterlage und selbst wahrheitswidrig geschieht. Am moralisch verwerflichsten aber ist ein solcher Mißbrauch von Seiten einer Richtung, welche die Königstreue und monarchische Gesinnung vorzugsweise im Munde führt und sich mit einem besonders hohen Maße derselben brüstet. Ein solches Gebahren geht noch weit über jenes Wort „Und der König absolut, wenn er unseren Willen thut" hinaus; es ist ein Act der schlimmsten Heuchelei, daß man die Nothwendigkeit mit Emphase betont, das Königthum gegen den Anarchismus zu vertheidigen, und sich eine Art besonderen Bundesgenossenthums in diesem Kampfe vindicirt, zugleich aber die Autorität und das Vertrauen thatsächlich erschüttert, indem man das Königshaus als Deckung für die eigenen Partei- und Herrschaftsgelüste mißbraucht.

Gegen einen derartigen Mißbrauch mit aller Entschiedenheit Front zu machen, ist die Pflicht jedes Mannes von aufrichtig royalistischer Gesinnung. Gerade die Interessen der Monarchie und des Königshauses erheischen gebieterisch, daß demselben rechtzeitig und wirksam gesteuert wird.

So weit ersichtlich, dürfte diese Wirkung für jetzt nach allen Richtungen erreicht sein. Es wird hoffentlich unnöthig sein, auf die Sache zurück zu kommen. —

Die Ausführungen der „Post" treffen den Nagel so vollkommen auf den Kopf und sind von so überzeugender Wahrheit, daß jeder Mann von anständiger und loyaler Gesinnung diesen Worten nur beipflichten kann.

* Man schreibt der „Kölnischen Zeitung" aus St. Petersburg, 23. December:

Wie richtig und ehrenhaft der Zar urtheilt, wenn er nicht von jenen Persönlichkeiten berathen wird, welche ihm absichtlich, zu ihren eigenen politischen und sonstigen Zwecken, die Verhältnisse in falschem Lichte darstellen, beweisen zwei Verfügungen, die er von Kopenhagen aus erlassen hat, wo er wenigstens den inneren russischen Fragen gegenüber ganz auf sich selbst angewiesen war. In dem einen Falle erhielt der russische Kaiser einen Bericht des Gouverneurs von Kurland, in welchem es u. A. hieß, es sei zu hoffen, daß durch die Vermehrung des russischen Beamtenthums und durch dessen größeren Einfluß der Uebergang der Bevölkerung zum russischen Glauben sich rascher vollziehen werde. Kaiser Alexander III. bemerkte hierzu eigenhändig am Rande: „Dies kann ich nicht billigen, denn es sieht einer Propaganda ähnlich. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die Leute nur aus eigener, freier Ueberzeugung übertreten, wie solches in Livland und Esthland der Fall." Welch ein guter Charakter spricht aus dieser kurzen Randbemerkung! Aus klarste zeigt dieselbe aber auch, in wie falschem Lichte dem Herrn die Verhältnisse gewöhnlich dargestellt werden. Kaiser Alexander III. weiß nichts davon, denn es wird ihm absichtlich verborgen gehalten, daß der Uebergang der Bevölkerung in Esth- und Livland zum orthodoxen Glauben auf eine geradezu schamlose Propaganda zurückzuführen ist, die sich der niedrigsten weltlichen Vortheile bedient, um die ungebildete, charakterlose Bevölkerung zum Religionswechsel zu bewegen. In dem zweiten Falle handelt es sich um zwei Officiere, welche die Prüfung in der militair-juristischen Akademie als die besten beendet und somit das meiste Anrecht gehabt hätten, heimgesandt Seelen zu erhalten, wenn nicht die katholischer Glaube ein Hinderungsgrund gewesen wäre. Die Angelegenheit gelangte an den Zaren nach Kopenhagen, worauf ihm eine Verfügung in Erinnerung gebracht wurde, nach welcher Katholiken von Stellungen im Militairgerichtswesen möglichst ausgeschlossen bleiben sollten. Jener Verfügung liegt jedenfalls der Gedanke zu Grunde, das polnische Element, welches in diesem Falle gar nicht in Frage kam, aus dem Militairgerichtsdienste fern zu halten. Der Kaiser vermerkte auf obigen Bericht, daß, wenn jene Officiere als beste die Prüfung bestanden, sie auch das erste Anrecht auf Berücksichtigung hätten; bestehe eine solche Verfügung, wie oben erwähnt, so sei dieselbe nicht gerecht. Nach derartigen kleinen Beispielen kann man sich eine Vorstellung davon bilden, wie passend, ohne Berücksichtigung der Wahrheit, der Zar auch in Fragen ernsterer Art berichtet werden mag.

* Die „Berliner Politischen Nachrichten" erfahren von zuverlässigster Seite aus Moskau, daß die russische Regierung eine sehr bedeutende Lieferung von chirurgischen Instrumenten zu Kriegszwecken vergeben hat, derart, daß ein Theil der Bestellung bereits kürzlich hat abgeliefert werden müssen, während der Rest Anfang nächsten Jahres abzuliefern ist. Das Weiteren berichtet dasselbe Blatt, daß die Direction der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahn, welche bekanntlich die einzigen nach Preußen und Oesterreich führenden Linien sind, welche normalspurig gebaut, d. h. die europäische Fahrgleisbreite haben und daher den durchgehenden Verkehr bis Warschau vermitteln, den geheimen Befehl erhalten habe, allmonatlich dem Generalstabe das Tableau ihres gesammten Fahrparks, welcher sich zum Truppentransport eignet, einzureichen, mit Angabe, wo sich momentan die Wagen im In- oder Auslande befinden.

* Die „Kölnische Zeitung" widmet der am 26. d. Mts. stattgefundenen Feier des fünfzigjährigen Priesterjubiläums des Papstes die folgende Betrachtung:

Es ist in mehrfacher Hinsicht natürlich, daß sich die Aufmerksamkeit gerade in Deutschland in diesen Tagen mit der intensivsten Theilnahme des denjenigen Jubiläen des päpstlichen Stuhles, dessen 50jähriges Priesterjubiläum heute gefeiert wird, beschäftigt. Papst Leo XIII. ließ alsbald nach seiner Thronbesteigung erkennen, daß er, obschon König ohne Land, den Standpunkt seines Vorgängers, der die Zeit nach 1870 mit fortgesetzten leeren Einsprüchen gegen den italienischen Einheitsstaat und kindischen Verdächtigungen von dem Verfall des deutschen Reiches — daß er für einen Reich auf thörichten Füßen hielt — ausfüllte, verlassen und durch thätiges Eingreifen in den Gang der Kirchenregimente die Welt überzeugen müsse, daß der päpstliche Stuhl auch ohne weltliche Herrschaft Macht übe und eine Macht sei. Seine erste